

## Geht Wust?

Bundeswehr-Generalinspekteur Harald Wust trägt sich mit Rücktrittsgedanken. Der ranghöchste deutsche Offizier ist verärgert über die heftige Kritik von Ex-Staatssekretär Helmut Fingerhut und mehrerer Koalitionsabgeordneter an seinem Verhalten im Spionagefall Lutze. Wust, von seinem Führungsstab über den Umfang des Verrats lange im dunkeln gelassen, hatte erst sehr spät Maßnahmen zur Begrenzung des Schadens eingeleitet. Auch sein Wunsch, die Bundeswehr-Führung zu straffen und seine Kompetenzen zu erweitern, hat nach dem heftigen Widerstand der Inspektoren von Heer und Luftwaffe, Horst Hildebrandt und Gerhard Limberg, keine Aussicht, vom neuen Verteidigungsminister Hans Apel erfüllt zu werden. Der SPD-Abgeordnete Conrad Ahlers sprach am Freitag letzter

Woche bei der Anhörung von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor dem Untersuchungsausschuß bereits unwidersprochen von dem „heute mehr oder weniger noch amtierenden Generalinspekteur“.

## Fregatten für den Schah

Die deutschen Werften hoffen auf einen Großauftrag — wenn die Bundesregierung ihre bisherigen Exportbeschränkungen für Waffen lockert. Der kaiserliche Hof in Teheran teilte Bonn in den letzten Wochen mit, daß er an der Lieferung von neun Fregatten und jeweils 16 Untersee-, Minensuch- und Schnellbooter interessiert sei. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat die Werften bereits ermuntert, gemeinsame Angebote abzugeben und sich der internationalen Konkurrenz zu stellen.

## Kühle Absage

Bonns 40-Millionen-Kredit an Somalia hat Kenia verärgert. Dies bekam jetzt Außenminister Genscher zu spüren. Ursprünglich hatte sich der Vizekanzler in dieser Woche während einer vier-tägigen Ostafrika-Reise mit seinem kenianischen Amtskollegen Munyana Waiyaki treffen wollen. Doch Genscher erhielt plötzlich eine kühle Absage: Der Minister habe andere wichtige Termine. Die Finanzspritze an Mogadischu wird von Nairobi als einseitige Parteinahme in einem schwelenden Konflikt betrachtet: Somalia erhebt Gebietsansprüche nicht nur gegen Äthiopien, sondern auch gegen Kenia. Auf seine Afrika-Tour will Genscher gleichwohl nicht verzichten. Statt Nairobi besucht er nun — außer Tansania — die Zwergstaaten Ruanda und Burundi.

## Freundliche Signale aus Moskau

Bonner Diplomaten im Ostblock verzeichnen ein neu erwachtes Interesse der Sowjet-Union an einer aktiven Deutschlandpolitik.

Gegenüber westlichen Gesprächspartnern versichern Sowjet-Funktionäre seit kurzem, daß die Entspannungspolitik fortgesetzt werde; dabei sei unerheblich, wer im Kreml regiere.

Inzwischen hat Leonid Breschnew, nach überstandener Krankheit wieder an seinem Arbeitsplatz, Weisung erteilt, die lange aufgeschobene Reise in die Bundesrepublik gründlich vorzubereiten: Der KPdSU-Chef möchte aus Bonn nicht ohne wirtschaftliche Zusagen zurückkehren.

Zugleich lassen die Sowjets erkennen, daß ihnen auch in Berlin nicht an einer Verschärfung der Lage gelegen ist. Zum verstärkten Einsatz sowjetischer Militärpatrouillen im Westteil der Stadt sei es nur gekommen, weil die Westmächte zuvor eine Bitte der Sowjet-Union nach Aufgabe der Kontrollfahrten in Ost-Berlin mit einer demonstrativen Ausweitung ihrer Patrouille-Tätigkeit beantwortet hätten.

Die Absicht des Regierenden Bürgermeisters Dietrich Stobbe, West-Berlin zu einem Hauptumschlagplatz für den Wirtschaftsaustausch mit dem Osten auszubauen, bewerten Sowjet-Diplomaten höchst wohlwollend. Die Stadt, so bekun-



Sowjetische Militärpatrouille in West-Berlin

den sie, habe die Möglichkeit, gegenüber dem Bund sozialistischer Staaten eine ähnliche Rolle zu spielen wie Hongkong gegenüber China. Um solche Pläne zu fördern, zeigt sich der Kreml an einem baldigen Besuch Stobbes in Moskau interessiert. Strittig ist allerdings noch die Frage, in welchem Umfang die Sowjets bei der Visite die nach ihrer Ansicht gegebene politische Unabhängigkeit West-Berlins von der Bundesrepublik protokollarisch herausstellen wollen.

Stobbe-Vorgänger Klaus Schütz hatte 1973 die sowjetischen Bedingungen — Berliner Bärenfahne und Verzicht auf Einschaltung der Bonner Botschaft in Moskau — abgelehnt und auf die Fahrt verzichtet.

Jetzt allerdings ließen die Sowjets wissen, daß ein „befriedigender Kompromiß“ gefunden werden könne — möglicherweise schon in einem Gespräch, das Stobbe am Montag dieser Woche mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Pjotr Abrassimow, führen will.